

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Corinna Miazga, Thomas Seitz,
Dr. Harald Weyel, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 20/1689 –**

Die Eastern Mediterranean Pipeline im Mittelmeer

Vorbemerkung der Fragesteller

Die sogenannte Eastern Mediterranean Pipeline (EastMed) soll Erdgas von Israel und Zypern über Griechenland nach Europa liefern. Das EastMed-Projekt soll mit seinen 1 900 Kilometern Länge und teils bis zu 3 Kilometern Tiefe die längste und tiefste (Teil-)Unterwasserpipeline der Welt werden. Sowohl wirtschaftlich als auch klimapolitisch gilt die EastMed zum Teil als umstritten (<https://www.energiezukunft.eu/wirtschaft/fossile-infrastruktur-wird-weiter-ausgebaut/> [zuletzt aufgerufen am: 11. April 2022]). Die aktuelle Lage in der Ukraine zeigt nach Ansicht der Fragesteller, wie schlecht es um eine diversifizierte Energieversorgung steht, und könnte folglich eine neue Chance für die EastMed-Pipeline sein. Die Rufe nach einer Diversifizierung unserer Erdgasversorgung werden immer lauter, manche fordern sogar einen Importstopp von russischem Gas. Zur Realität gehört allerdings auch, dass Deutschland nur lediglich 5 Prozent seines Erdgasbedarfs selbst decken kann – die Tendenz auch hier eher fallend statt steigend (<https://www.deutschlandfunk.de/nord-stream-2-gas-kritik-abhaengig-100.html> [zuletzt aufgerufen am: 14. März 2022]). Im Jahr 2019 hat Deutschland laut dem „Statistic Review of World Energy“ von BP 51 Prozent seiner Erdgasimporte aus Russland bezogen (<https://www.bp.com/content/dam/bp/business-sites/en/global/corporate/pdfs/energy-economics/statistical-review/bp-stats-review-2020-full-report.pdf> [zuletzt aufgerufen am: 14. März 2022]). Schnell wird also deutlich, dass ein vollständiger Verzicht auf russisches Gas mit erheblichen Einschnitten verbunden und somit nach Ansicht der Fragesteller nur schwer umsetzbar ist. Das Projekt Nord Stream II wird nach Auffassung der Fragesteller somit auch zukünftig von Interesse für Deutschland sein, wenn es um notwendige Erdgasimporte für unser Land geht. Denn die Reise unseres Bundesministers für Wirtschaft und Klimaschutz, Dr. Robert Habeck, nach Katar (<https://beta.t-online.de/finanzen/unternehmen-verbraucher/id91902834/katar-saet-zweifel-an-deutschem-gas-deal-habeck-haus-ist-optimistisch.html> [zuletzt aufgerufen am: 11. April 2022]) brachte vorerst keine Lieferverträge für Deutschland mit sich. Für mehr Unabhängigkeit von Erdgas in der Stromerzeugung würden nach Auffassung der Fragesteller auch ein Wiedereinstieg in die Kernenergie und der Weiterbetrieb von modernen Kohlekraftwerken schnelle Abhilfe schaffen.

1. Welche Position vertritt die Bundesregierung zu der EastMed-Pipeline?

Die Bundesregierung begrüßt jedes Projekt, das zur Diversifizierung der Gaslieferungen für Europa und zur Verringerung der Abhängigkeit von russischen Erdgaslieferungen beitragen kann.

2. Wie notwendig hält die Bundesregierung den raschen Ausbau der EastMed-Pipeline, insbesondere vor dem Hintergrund der aktuellen Situation und einer daraus resultierenden wichtigen diversifizierten Erdgasversorgung Deutschlands und Europas?

Nach Auffassung der Bundesregierung kann die geplante EastMed-Pipeline kurz- und mittelfristig nicht zur Lösung der akuten Situation, wo es insbesondere um die Winter 2022/2023 und 2023/2024 geht, beitragen.

3. Gibt es Bestrebungen der Bundesregierung, das Projekt der EastMed-Pipeline direkt zu unterstützen?

Die Bundesregierung beabsichtigt, das Projekt EastMed-Pipeline nicht direkt zu unterstützen.

4. Vertritt die Bundesregierung seit dem am 24. Februar 2022 in der Ukraine ausgebrochenen Krieg durch Russland eine andere Meinung zum Projekt der EastMed-Pipeline, oder hat dieser Umstand nichts an der Position Deutschlands geändert?

Die Bundesregierung verurteilt den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine auf das Schärfste und setzt sich mit aller Kraft dafür ein, dass Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und mutmaßliche Kriegsverbrechen in der Ukraine gründlich untersucht und dokumentiert werden und sich die Täter vor unabhängigen Gerichten verantworten müssen. Die Position der Bundesregierung hat sich vor diesem Hintergrund zum Projekt EastMed-Pipeline nicht geändert (siehe auch die Antwort zu Frage 1).

5. Plant die Bundesregierung in Anbetracht der angespannten Kriegssituation in der Ukraine und entgegen ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der AfD auf Bundestagsdrucksache 19/31388, nun eine Mitgliedschaft oder einen Beobachterstatus im East Mediterranean Gas Forum?

Die Bundesregierung plant keine Mitgliedschaft oder einen eigenen Beobachterstatus im East Mediterranean Gas Forum (EMGF).

6. Sind nach Kenntnis der Bundesregierung deutsche Unternehmen an der Erdgasförderung in den Außenwirtschaftszonen (AWZ) Israels, des Libanons oder Zypern beteiligt?

Nach Kenntnis der Bundesregierung sind gegenwärtig keine deutschen Unternehmen an der Förderung von Erdgas in den Außenwirtschaftszonen Israels, des Libanons oder von Zypern beteiligt.

7. Gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung neue und detailliertere Informationen bezüglich der Finanzierung des EastMed-Projektes, außer dass die endgültige Entscheidung bis Ende des Jahres 2022 von IGI Poseidon S.A. getroffen werden soll (<https://www.euractiv.de/section/energie/news/ukraine-krieg-belebt-EastMed-gespraechе-wieder-eu-besteht-auf-durch-fuehrbarkeit/> [zuletzt aufgerufen am: 11. April 2022])?

Der Bundesregierung liegen keine neuen Erkenntnisse zur Finanzierung des EastMed-Projektes vor. Sie geht weiterhin davon aus, dass eine Investitionsentscheidung nicht vor Ende des Jahres getroffen wird.

8. Plant die Bundesregierung aufgrund der aktuellen Kriegssituation in der Ukraine und der daraus resultierenden wichtigen diversifizierten Erdgasversorgung Deutschlands, nun doch eine direkte finanzielle Beteiligung an dem Projekt der EastMed-Pipeline, entgegen ihrer Antwort zu Frage 16 auf Bundestagsdrucksache 19/31388?

Auf die Antwort zu Frage 3 wird verwiesen.

9. Wie beurteilt die Bundesregierung das nach Presseberichten abrupte Zurückziehen der Unterstützung des EastMed-Projekts durch den US-Präsidenten Joe Biden und eine damit quasi verbundene Stärkung Russlands auf dem Energiemarkt (<https://www.mena-watch.com/mit-der-absage-der-EastMed-pipeline-gefaehrdet-joe-biden-europa/> [zuletzt aufgerufen am: 14. März 2022])?

Die Bundesregierung kommentiert Entscheidungen des Präsidenten der Vereinigten Staaten nicht und schließt sich ausdrücklich nicht der in der Frage ange deuteten Einschätzung in Bezug auf die Rückwirkung auf Russlands Position im Energiemarkt an.

10. Stuft die Bundesregierung das Projekt der EastMed-Pipeline nach dem Zurückziehen der Unterstützung Joe Bidens (vgl. Frage 9) als gescheitert ein, oder sieht sie, insbesondere vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen in der Ukraine, doch noch eine Chance, das Projekt erneut aufleben zu lassen und so nach Ansicht der Fragesteller Europas wichtige diversifizierte Erdgasversorgung voranzutreiben?

Es ist nicht die Rolle der Bundesregierung hierüber zu urteilen.

11. Welche Alternativen sieht die Bundesregierung zur EastMed-Pipeline, zu LNG (Flüssigerdgas)-Terminals in Deutschland, um zukünftig die wichtige diversifizierte Erdgasversorgung Deutschlands und Europas auszubauen?

Die Bundesregierung unternimmt alles, um die Abhängigkeit von russischem Erdgas schnellstmöglich zu verringern. Zu den geplanten Maßnahmen zählen neben dem Aufbau einer eigenen deutschen Flüssigerdgas- (LNG-Infrastruktur), Infrastruktur eine bessere Anbindung an die bestehende europäische LNG-Infrastruktur sowie die Unterstützung deutscher Erdgaseinkäufer bei der Beschaffung von LNG. Die Bundesregierung begrüßt des Weiteren in diesem Kontext vor allem den REPowerEE-Plan der EU-Kommission, der u. a. auch die Verbesserung der Erdgastransportstrukturen durch den länderübergreifenden Bau von Interkonnektoren, die dazu beitragen, die Versorgungssicherheit in Europa insgesamt zu erhöhen, beinhaltet.

12. Wie schätzt die Bundesregierung alternative Projekte wie beispielsweise eine kürzere Pipeline von wenigen Hundert Kilometern ein, wobei das Gas aus Zypern, Israel und Ägypten über Land an die ägyptisch-libysche Grenze gepumpt werden könnte (<https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.energieversorgung-durch-EastMed-gaspipeline-plaene-nach-europa-sind-gescheitert.4db281f5-f3a0-4141-85bf-99836d9d903d.html> [zuletzt aufgerufen am: 14. März 2022])?

Da zu alternativen Projekten nur begrenzte Informationen vorliegen, kann die Bundesregierung hierzu keine Einschätzung abgeben. Sie geht aber davon aus, dass durch die fehlende Pipelineinfrastruktur zwischen Ägypten und Libyen sowie zwischen Zypern und Griechenland eine kurzfristige Versorgung Europas aus den Erdgaslagerstätten dieser Länder nicht möglich ist. Aus Sicht der Bundesregierung könnte das Gas aus dem östlichen Mittelmeer v. a. für die Versorgung der regionalen Gasmärkte Relevanz haben.

13. Sieht die Bundesregierung einen Konflikt zwischen den Klimazielen der Europäischen Union, bis 2025 klimaneutral zu werden, und auf der anderen Seite der nach Ansicht der Fragesteller ebenso bedeutsamen wie wichtigen diversifizierten Erdgasversorgung Deutschlands und Europas?

Die Bundesregierung sieht hier keinen Konflikt, im Gegenteil, durch den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine wird durch entsprechende Maßnahmen – auf europäischer Ebene v. a. der sogenannte REPowerEU-Plan – die Abhängigkeit von russischem Erdgas so schnell wie möglich reduziert. Dazu zählen auch der Ausbau erneuerbarer Energien und Energieeffizienz- bzw. Energieeinsparmaßnahmen. Die Bundesregierung setzt bei neuen Investitionen in Erdgas- und LNG-Infrastruktur in Deutschland grundsätzlich darauf, dass diese Investitionsobjekte in Zukunft auch für grüne Gase und Wasserstoff aus erneuerbaren Energien genutzt werden sollen (H2-Readiness).